

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen
am Dienstag, **10.03.2009**, 17:00 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

Sprecher und Sprecherinnen der Gruppen von Menschen mit Behinderungen und der Arbeitsgruppen

Alex Engels, Wulf Greiling, Ulrich Hohenbrink, Dr. Ursula Hoppe, Oliver Knocke, Otmar Knüvener, Sabine Kollmann, Bettina Merschiewe, Franz-Josef Möllerfeld (Vertretung für Herrn Klaus Katzer), Angela Möllers, Franz-Josef Sauer, Elisabeth Wibben,

von der Seniorenvertretung Münster

Heinz Hakenes,

von der CDU-Fraktion

Franziskus-Pius Graf von Merveldt,

von der SPD-Fraktion

Marianne Koch,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Brigitte von Schoenebeck,

von der FDP-Fraktion

Gisela Geschkewitz (Vertretung für Frau Schulze Horn, bis 18.55 Uhr),

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Elmar Niewöhner,

von der Verwaltung

Jörg Espei, Dr. Eckhardt Gollmer, Rainer Leskow, Frank Möller, Michael Willamowski,

für die Schriftführung

Doris Rüter,

Es fehlten:

Klaus Katzer, Gabriele Markerth, Maria Pinke, Gisela Schulze Horn,

zusätzlich anwesende stellvertretende Mitglieder

Christine Beirer, Gisela Holtz, Hannelore Wiesenack-Hauß,

Gebärdensprachdolmetscher/-in
Marja Hummert, Matthias Sündermann

nichtöffentlicher Sitzungsteil keiner

Tagesordnung:

- | | | |
|---------------------------|-----|--|
| | 1. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 2. | Eingänge und Mitteilungen |
| <u>V/0137/2009</u>
II | 3. | Zukunftsinvestitionsgesetz - Inanspruchnahme der Fördermittel des Bundes in der Stadt Münster |
| <u>V/0118/2009</u>
V | 4. | Neuausrichtung des Projektes "Wohnen für Hilfe" |
| <u>V/0855/2008</u>
V | 5. | 10 Jahre Gesundheitshaus |
| <u>V/0017/2009</u>
V | 6. | Bericht über das Unterbringungsgeschehen nach PsychKG und Betreuungsrecht in Münster (Gesundheitsberichte Band 15) |
| <u>V/0130/2009/1</u>
V | 7. | Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen in Münster: Senkung der Eigenbeteiligung |
| <u>V/0083/2009</u>
V | 8. | Aktivitäten der Fachstelle Behinderte Menschen im Beruf im Sozialamt der Stadt Münster – Bericht über die Entwicklungen im Jahr 2008 - |
| | 9. | Barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen, u.a. Barrierefreier Umbau Klemensstraße |
| | 10. | Berichte aus den Arbeitsgruppen |
| | 11. | Berichte aus Gremien, in denen die Kommission vertreten ist |
| | 12. | Verschiedenes |

Punkt 1 der Tagesordnung

Festsetzung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie vorgesehen festgesetzt.

Frau Rüter informiert:

2.1 Hinweise zur Umsetzung von Anregungen und zu Fragen der KIB

Anregung der KIB vom 21.10.2008 zu Toiletten (Liege, Höhenverstellbarkeit)

Das Amt für Immobilienmanagement hat mit Schreiben vom 26.02.2009 (Anlage 1) mitgeteilt, dass bei allen Planungen, die von diesem Amt im Bereich des Neu-, Um-, und Erweiterungsbaus durchgeführt werden, geprüft wird, ob der Einbau einer Klappliege und eines höhenverstellbaren WC-Beckens möglich und sinnvoll ist. Sollte die Prüfung positiv ausfallen, werden diese Maßnahmen auch umgesetzt. Das Schreiben vom 26.02.2009 enthält auch Hinweise zu den Anregungen für die Toiletten im Stadtweinhaus, Stadthaus 1 und Stadthaus 2.

Technik für schwerhörige Menschen im Gesundheitshaus – Ausstattung eines für Sportangebote geeigneten Raumes – Anregung der KIB vom 18.11.2008

In einem Gespräch mit Vertreterinnen des Deutschen Schwerhörigenbundes, Ortsverein Münster und Münsterland e.V. wurden die Möglichkeit der Umsetzung dieser Anregung erörtert. Der Bewegungsraum soll im Rahmen der Erneuerung des Bodens mit einer Induktionsschleife sowie Verstärker und Mikrofon versehen werden. Die Finanzierungsmöglichkeiten werden noch von der Stiftungsverwaltung geprüft. Ein weiteres Ergebnis des Gespräches war, dass im Gesundheitshaus bei Vorträgen usw. zukünftig bei Bedarf und nach rechtzeitiger vorheriger Anmeldung eine FM-Anlage angeboten werden soll.

2.2 Ideenbörsen zu Planungen städtischer Spielplätze

Das Kinderbüro führt wieder Ideenbörsen zu Planungen für städtische Spielplätze (Sanierungen und Neubau) durch. Interessierte sind eingeladen, bei den Terminen oder auch unabhängig davon Anregungen zur Gestaltung der Spielplätze einzubringen. Eine Information mit den Terminen liegt zur Mitnahme aus.

2.3 Termine/Veranstaltungshinweise

Vortrag zum Thema „Wechseljahre“ im Kulturzentrum für Gehörlose, 18. März 2009, 18.30-20.00 Uhr

Veranstalterin: Selbsthilfegruppe gehörloser Frauen in Münster

Weitere Infos: Hörbehindertenberatung, Esther Lißbeck, Tel. 6185124

„Gemeinsam mit Grenzen leben – Zur Situation von Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft, 1. April 2009, 17.00 Uhr

Veranstalter: Caritasverband für die Diözese Münster e.V.

Weitere Infos: www.caritas-muenster.de

Veranstaltung des Clubs F/C/B (Frauen/Computer/Behinderung) zum Thema „Herunterladen von Hörspielen aus dem Internet“ am 18. März 2009

Weitere Infos: <http://www.muenster.org/f-c-b/>

Rehabilitation – Bausteine des modernen psychiatrischen Gesundheitswesens am 20. Mai 2009

Veranstalter: LWL

Weitere Infos: <http://www.lwl.org/LWL/Gesundheit/psychiatrieverbund/>

**Punkt 3 der Tagesordnung
V/0137/2009**

**Zukunftsinvestitionsgesetz - Inanspruchnahme
der Fördermittel des Bundes in der Stadt
Münster**

Herr Möller stellt die Vorlage vor. Er weist darauf hin, dass im Rahmen der Umsetzung der Maßnahmen auch der Aspekt der Barrierefreiheit beachtet werden soll, so insbesondere bei der Sanierung der Toiletten. Im Folgenden beantwortet er Nachfragen.

Herr Greiling bringt folgenden Antrag der AG Stadtplanung und Verkehr der KIB (AG 5) ein:

„Die AG 5 empfiehlt der KIB, die Vorlage mit folgenden Änderungen zu beschließen:

3.3, nach Satz 1:

Ferner beschließt der Rat als weitere Einzelmaßnahme den Einbau einer barrierefreien WC-Anlage in der Mehrzweckhalle/Turnhalle Gelmer.

4. Der Rat...

4.3

- beauftragt die Verwaltung, bei allen Maßnahmen im Rahmen der jeweils bestehenden Möglichkeiten auf eine umfassende barrierefreie Gestaltung hinzuwirken. Dabei ist u.a. bei der Sanierung von WC-Anlagen sicherzustellen, dass auch barrierefreie WC-Anlagen geschaffen werden. Zu berücksichtigen sind auch die Belange von schwerhörigen Menschen, insbesondere im Bereich der Kultur-, Sport- und Stadtteilinfrastruktur.

4.4

- beauftragt die Verwaltung, die Einzelmaßnahmen hinsichtlich der Barrierefreiheit mit der Arbeitsgruppe Stadtplanung und Verkehr der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen (KIB) abzustimmen.

Begründung:

Das Konjunkturprogramm des Bundes und das lokale Konjunkturunterstützungsprogramm bieten eine Chance, die barrierefreie Gestaltung von öffentlichen Gebäuden in Münster zu verbessern. Daher ist sicherzustellen, dass bei allen vorgesehenen Maßnahmen der Aspekt der Barrierefreiheit angemessen berücksichtigt wird. Die geplanten Einzelmaßnahmen sollten in der Arbeitsgruppe Stadtplanung und Verkehr der KIB vorgestellt und erörtert werden.

Die Arbeitsgruppe Stadtplanung und Verkehr der KIB sieht insbesondere Handlungsbedarf im Bereich der WC-Anlagen sowie bei den Einrichtungen der Kultur-, Sport- und Stadtteilinfrastruktur. Diese sollten umfassend barrierefrei gestaltet werden. Dazu gehört auch der Einbau von Technik für schwerhörige Menschen. Ziel sollte es sein, in jedem Stadtteil mindestens eine umfassend barrierefreie öffentlich zugängliche Einrichtung vorzuhalten, die auch von Vereinen und Gruppen genutzt werden kann. Da im Stadtteil Gelmer bisher noch keine öffentliche und für Gruppen zur Verfügung stehende Einrichtung mit einem barrierefreien WC ausgestattet ist, wird vorgeschlagen, die Maßnahme „Einbau einer barrierefreien WC-Anlage in die Mehrzweckhalle/Turnhalle Gelmer“ zusätzlich aufzunehmen.“

Herr Sauer weist auf die Notwendigkeit hin, die ÖPNV-Anbindung zur Agentur für Arbeit für Menschen mit Behinderungen möglichst bald zu verbessern, auch mit Blick auf den zu erwartenden Anstieg der Arbeitslosigkeit. Er schlägt vor, Fördermittel aus dem Konjunkturpaket zu verwenden, um die Haltestellen Martin-Luther-King-Weg (stadtauswärts) und Heumannsweg (stadteinwärts) noch in diesem Jahr barrierefrei auszubauen. Er erinnert, dass die KIB den barrierefreien Ausbau dieser Haltestellen in ihrer Sitzung am 21.10.2008 angeregt hat, die Haltestellen im Prioritätenprogramm für 2009 allerdings nicht berücksichtigt sind.

Herr Möller erläutert, dass die Fördermittel nicht für den Bereich ÖPNV eingesetzt werden können, wobei noch keine endgültige Präzisierung erfolgt ist, was im Einzelnen von der Förderung ausgeschlossen ist. Er wird daher klären, ob der barrierefreie Ausbau von Haltestellen gefördert werden kann.

Frau Möllers weist darauf hin, dass bei der Erneuerung der Tonanlage im Großen Haus der Städtischen Bühnen (Nr. 45 der Übersicht über Einzelmaßnahmen – Anlage 1 zur Vorlage) auch die Technik für schwerhörige Menschen zu berücksichtigen ist. Ferner regt sie an, einen Athrodesenstuhl anzuschaffen.

Frau Koch schlägt vor, den Antrag der AG 5 wie folgt zu erweitern:

„- beauftragt die Verwaltung, zu prüfen, ob aus Fördermitteln des Konjunkturpaketes der barrierefreie Ausbau von Haltestellen gefördert werden kann. Falls dies der Fall ist, sollte 2009 zusätzlich zu den bereits im Programm „Verbesserung an Haltestellen 2009“ vorgesehenen Haltestellen vorrangig der barrierefreie Ausbau der Haltestellen Martin-Luther-King-Weg (stadtauswärts) und Heumannsweg (stadteinwärts) in 2009 erfolgen.“

Die KIB stimmt dem Antrag der AG 5 mit dieser Änderung zu.

Die KIB beschließt die Vorlage einstimmig (4 Enthaltungen) in der geänderten Fassung (Änderungen sind markiert).

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass auf die Stadt Münster Fördermittel aus dem zweiten Konjunkturpaket des Bundes in Höhe von voraussichtlich 31,2 Mio. Euro entfallen. Es stehen

nach den Vorgaben des Landes Nordrhein-Westfalen damit potenziell für die Jahre 2009 und 2010 Fördermittel

- im Bereich Bildung von 25,4 Mio. Euro und
- im Bereich Infrastruktur von 5,8 Mio. Euro

zur Verfügung. Zusammen mit dem lokalen Konjunkturstützungsprogramm kann in den Jahren 2009 und 2010 eine über den Haushaltsplanentwurf 2009 und den Ansatz für 2010 hinausgehende Wirkung von rund 44 Mio. Euro erzeugt werden. Das entspricht dem 1,4fachen des durchschnittlichen Haushaltsvolumens für Investitionen.

2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass

2.1 sich die Fördermittel des Bundes in der vom Land Nordrhein-Westfalen weitergegebenen Form auf die folgenden Teilbereiche beschränken:

- im Bereich Bildung auf die Teilbereiche
 - Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur,
 - Schulinfrastruktur und
 - kommunale oder gemeinnützige Einrichtungen der Weiterbildung
- und im Bereich Infrastruktur auf die Teilbereiche
 - Städtebau (ohne Abwässer und ÖPNV),
 - ländliche Infrastruktur (ohne Abwässer und ÖPNV),
 - kommunale Straßen (beschränkt auf Lärmschutz),
 - Informationstechnologie und
 - sonstige Infrastrukturinvestitionen.

2.2 für die unter Beschlusspunkt 2.1 genannten Begrifflichkeiten zurzeit noch keine endgültigen Präzisierungen vorliegen und insofern noch nicht verlässlich feststeht, ob alle unter Beschlusspunkt 3 und in Anlage 1 genannten Maßnahmen bzw. Bereiche abschließend förderfähig sind.

2.3 die unter Beschlusspunkt 3 und in Anlage 1 genannten Maßnahmen bzw. Bereiche auch deshalb von der Verwaltung vorgeschlagen werden, um die Vorgabe des Bundes, die Hälfte der Fördermittel bereits im Jahr 2009 abzurufen, erfüllen zu können und so möglichst schnell eine Konjunktur stimulierende Wirkung zu entfalten.

2.4 alle Maßnahmen aus dem 1.000-Schulen-Programm kurzfristig umgesetzt werden, d.h., dass der vorzeitige Maßnahmebeginn in Anspruch genommen wird und Maßnahmen vorfinanziert werden. Für alle Maßnahmen, die nicht gefördert werden und für die zurzeit kein vorzeitiger Maßnahmebeginn bewilligt wird, wird auf eine evtl. mögliche Nachbewilligung von Fördermitteln verzichtet.

2.5 die Verwaltung in enger Abstimmung mit dem Deutschen Städtetag und dem Städtetag Nordrhein-Westfalen in den zurückliegenden Tagen und Wochen versucht hat und weiter versuchen wird, einen möglichst hohen Grad an Verbindlichkeit und Förderfähigkeit der einzelnen Maßnahmen bzw. Bereiche zu erreichen.

2.6 die Verwaltung den von Bund und Land NRW vorgenommenen Vereinfachungen im Vergaberecht zur schnelleren Umsetzung der Konjunkturmaßnahmen im Rahmen einer gesonderten Vorlage Rechnung trägt.

2.7 die in der Anlage 2 dargestellten Anschreiben, Anregungen und Anträge mit Bezug zum Bundeskonjunkturpaket bei der Verwaltung eingegangen sind.

3. Der Rat beschließt

3.1 im Bereich Bildung unter Einschluss energetischer, energieorientierter und energierelevanter Aspekte von den Bundesfördermitteln

- für Einrichtungen der frühkindlichen Bildungsinfrastruktur ein Budget von 4,0 Mio. Euro und
- für schulische und sonstige Bildungsinfrastruktur ein Budget von 21,4 Mio. Euro

vorzusehen. Sowohl die freien Träger im Kinder- und Jugendbereich als auch die nicht-städtischen Schulträger (Ersatzschulen ohne LWL-Schulen) partizipieren anteilig an den Fördermitteln.

3.2 im Bereich Infrastruktur von den Bundesfördermitteln

- für Altbausanierung und Städtebau ein Budget von 0,8 Mio. Euro und
 - für sonstige Infrastrukturinvestitionen ein Budget von 5,0 Mio. Euro, verteilt auf
 - Feuerwehrinfrastruktur mit 0,4 Mio. Euro,
 - Kulturinfrastruktur mit 1,75 Mio. Euro,
 - Sportinfrastruktur mit 2,45 Mio. Euro,
 - Spielplätze mit 0,4 Mio. Euro,
- vorzusehen.

- 3.3 die in Anlage 1 dargestellten Einzelmaßnahmen und die Bildung von Teilbudgets für die frühkindliche und schulische Bildung im formellen Sinne jeweils als Baubeschluss, soweit im Einzelfall keine Zuständigkeit der Bezirksvertretungen gegeben ist. **Ferner beschließt der Rat als weitere Einzelmaßnahme den Einbau einer barrierefreien WC-Anlage in der Mehrzweckhalle/Turnhalle Gelmer.** Die Verwaltung wird die Einzelmaßnahmen möglichst zeitnah umsetzen, um eine schnelle Konjunktur stimulierende Wirkung zu erzeugen und sich um eine möglichst zeitnahe, verbindliche Aussage zur Förderfähigkeit der einzelnen Maßnahmen bemühen. Sollten sich Einzelmaßnahmen als nicht förderfähig erweisen, wird die Verwaltung den parlamentarischen Gremien zeitnah Alternativvorschläge unterbreiten. Die Teilbudgets sollen für eine möglichst große Breitenwirkung der Bundesfördermittel kriteriengeleitet zur Finanzierung von Instandhaltungsmaßnahmen genutzt werden.
- 3.4 unabhängig von den Bundesfördermitteln ein Budget von 800.000 Euro (durch Vorziehen von Bauunterhaltungsmitteln), mit dem kleinere Maßnahmen von den einzelnen Schulen, bei baulichen Maßnahmen mit Unterstützung der Verwaltung, durchgeführt werden können, die möglicherweise nicht förderfähig wären.
4. Der Rat
- 4.1 nimmt zur Kenntnis, dass die Fördermittel des Bundes vor allem für eine Vielzahl von kleineren, konjunkturell schnell wirkenden Maßnahmen genutzt werden sollen, um eine möglichst große Breitenwirkung zu erzeugen. Größere strukturelle Investitionsmaßnahmen sind wegen des längeren zeitlichen Planungs- und Entscheidungsvorlaufs sowie der bevorstehenden Ergebnisse der Schulentwicklungsplanung nicht benannt worden.
- 4.2 beauftragt die Verwaltung, die größeren strukturellen Investitionsmaßnahmen aufzubereiten, hierbei den längeren zeitlichen Planungs- und Entscheidungsvorlauf sowie die Ergebnisse der Schulentwicklungsplanung zu berücksichtigen und prioritätengerecht eine sach- und zeitgerechte Umsetzung zu erreichen. Dazu wird bereits jetzt ein Investitionsvolumen von 8 Mio. € je hälftig in den Jahren 2011 und 2012 vorgesehen und in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung ausgewiesen. Die abschließende Höhe und zeitliche Abfolge dieser Investitionen wird entsprechend den dann aktuellen Erkenntnissen präzisiert werden.
- 4.3 beauftragt die Verwaltung, bei allen Maßnahmen im Rahmen der jeweils bestehenden Möglichkeiten auf eine umfassende barrierefreie Gestaltung hinzuwirken. Dabei ist u.a. bei der Sanierung von WC-Anlagen sicherzustellen, dass auch barrierefreie WC-Anlagen geschaffen werden. Zu berücksichtigen sind auch die Belange von schwerhörigen Menschen, insbesondere im Bereich der Kultur-, Sport- und Stadtteilinfrastruktur.**
- 4.4 beauftragt die Verwaltung, die Einzelmaßnahmen hinsichtlich der Barrierefreiheit mit der Arbeitsgruppe Stadtplanung und Verkehr der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen (KIB) abzustimmen.**
- 4.5 beauftragt die Verwaltung, zu prüfen, ob aus Fördermitteln des Konjunkturpaketes der barrierefreie Ausbau von Haltestellen gefördert werden kann. Falls dies der Fall ist, sollte 2009 zusätzlich zu den bereits im Programm „Verbesserung an Haltestellen 2009“ vorgesehenen Haltestellen vorrangig der barrierefreie Ausbau der Haltestellen Martin-Luther-King-Weg (stadtauswärts) und Heumannsweg (stadteinwärts) erfolgen.**
5. Die Verwaltung wird über die Umsetzung und Nutzung der Bundesfördermittel sach- und bedarfsgerecht in den zuständigen Gremien berichten.

II. Kosten/Folgekosten

II. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass

- II.1 für die kurzfristige Umsetzung des Maßnahmenpakets unabdingbar zusätzliche Personal- und Sachressourcen benötigt werden. Vorrangig werden die Architektur- und Ingenieurleistungen vergeben. Zur Wahrnehmung der Bauherrenfunktion und Projektleitung ist jedoch die befristete Aufstockung des städtischen Personals in unabdingbar notwendigem Umfang erforderlich. Die entstehenden Aufwendungen werden zunächst aus dem verfügbaren Budget finanziert. Soweit im Einzelfall nachgehend zusätzliche Mittel erforderlich sind, werden diese über den Nachtragshaushalt bereitgestellt.
- II.2 wegen der noch bestehenden definitorischen Unklarheiten bei der nachgehenden Mittelprüfung durch die zuständigen Behörden punktuell kritische Anmerkungen erfolgen könnten, die im Einzelfall zur Rückforderung von Teilen der Fördermittel führen könnten. Für diesen Fall könnten unter NKF-Gesichtspunkten aus haushalterischen Gründen zu gegebener Zeit Rückstellungen in der städtischen Bilanz gebildet werden.
- II.3 mit dem Abruf der Bundesfördermittel auch eine faktische Eigenbeteiligung in Höhe von 12,5 Prozent verbunden ist, die allerdings in Nordrhein-Westfalen erst ab dem Jahr 2012 über eine Kürzung der Schul-/Bildungspauschale eingefordert wird.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

- III.1 Der Rat beschließt für die in dieser Vorlage benannten Finanzmittel überplanmäßige bzw. außer-planmäßige Mittelbereitstellungen unabhängig vom Satzungsbeschluss über den Haushalt 2009. Als Deckung dieser Aufwands- bzw. Auszahlungsermächtigungen dienen jeweils die Fördermittel des Bundes. Auf die Aufstellung eines Nachtragshaushaltes – bezogen auf diese Mittelbereitstellungen – kann nach den bisherigen Vorgaben des Landes Nordrhein-Westfalen verzichtet werden.
- III.2 Für die unter Beschlusspunkt 3.4 genannten kleineren Maßnahmen an Schulen wird ein im Jahr 2010 im Teilergebnisplan 0112 „Gebäudemanagement“, Zeile 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ geplanter Haushaltsansatz für die Bauunterhaltung in Höhe von 800.000 € auf das Jahr 2009 vorgezogen und im Teilergebnisplan 0301 „Schulen“, Zeile 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ zusätzlich zur Verfügung gestellt.

**Punkt 4 der Tagesordnung
V/0118/2009**
**Neuausrichtung des Projektes "Wohnen für
Hilfe"**

Herr Leskow informiert über die Neuausrichtung des Projektes „Wohnen für Hilfe“ und teilt mit, dass die Projektarbeit voraussichtlich zum 01.05.2009 beginnt.

Frau Geschkewitz weist darauf hin, dass die Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt sehr wichtig ist und auch die Mitglieder der KIB das Projekt unterstützen können, indem sie u.a. in den jeweiligen Vereinen und Organisationen über das Projekt informieren.

Frau Koch beantragt, den Beschlussvorschlag in Ziffer 2 dahingehend zu erweitern, dass der Erfahrungsbericht auch der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen vorgelegt wird. Diesem Vorschlag stimmt die KIB einstimmig (1 Enthaltung) zu.

Die KIB beschließt die Vorlage einstimmig (1 Enthaltung) in der geänderten Fassung (Änderung ist markiert).

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Das Projekt „Wohnen für Hilfe“ wird in ehrenamtlicher Trägerschaft mit dem in der Begründung dargestellten neuen Konzept und den dort genannten Rahmenbedingungen fortgeführt.
2. Die Verwaltung legt dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung **und der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen** in zwei Jahren einen Erfahrungsbericht zu der Entwicklung und zu den Ergebnissen des Projektes vor.
3. Der Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0055/2008 vom 28.10.2008 ist damit erledigt.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Jahr 2009 Kosten entstehen i. H. v. 6.500 €. Hierunter fällt eine jährliche pauschale Aufwandsentschädigung i. H. v. 1.500 € für die ehrenamtlichen Tätigkeiten sowie eine Anschubfinanzierung von 5.000 € für die anfallenden Sachkosten und die Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere für die Erstellung von Flyer und Plakaten.

Ab 2010 werden jährliche Ausgaben von insgesamt 2.500 € erwartet aufgrund der kalkulierten fortlaufenden pauschalen Aufwandsentschädigung i. H. v. 1.500 € sowie einer Sachkostenpauschale von 1.000 €, insbesondere für Nachdrucke von Flyer und Plakaten.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Zur Finanzierung der o. g. Sachentscheidung werden ab dem Haushaltsjahr 2009 zusätzlich bereitgestellt:

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1003	Wohnen	2009	6.500,00	
Teilergebnisplan (Zeile)	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
Insgesamt:				6.500,00	

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.-jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1003	Wohnen	2010 ff.	2.500,00	jährlich
Teilergebnisplan (Zeile)	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
Insgesamt:				2.500,00	

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/0855/2008**

10 Jahre Gesundheitshaus

Herr Espei stellt die Vorlage kurz vor und informiert insbesondere über die Angebote und Aktivitäten im Gesundheitshaus.

Auf Nachfrage teilt Herr Willamowski mit, dass vorgesehen ist, das Informationsbüro Pflege im Gesundheitshaus zu einem Pflegestützpunkt weiterzuentwickeln.

Die KIB nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0017/2009**

**Bericht über das Unterbringungsgeschehen
nach PsychKG und Betreuungsrecht in Münster
(Gesundheitsberichte Band 15)**

Herr Dr. Gollmer stellt die Vorlage vor und beantwortet Nachfragen.

Die KIB nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0130/2009/1**

**Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen
in Münster: Senkung der Eigenbeteiligung**

Frau Rüter stellt die Vorlage vor und informiert über den Beschluss des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung vom 04.03.2009, dem Rat vorzuschlagen, die Eigenbeteiligung pro Fahrt auf 2,50 € zu senken. Diesen Vorschlag hat die Verwaltung mit der Ergänzungsvorlage aufgegriffen.

Frau Rüter informiert ferner über die Sitzung des Fahrdienstbeirates am 05.03.2009. Der ASB (Arbeiter-Samariter-Bund, Regionalverband Münster e.V.) verfügt seit September 2008 über einige neue Fahrzeuge und hat auch mehr Personal eingestellt, um die Qualität des Fahrdienstes zu verbessern.

Die KIB beschließt die Vorlage einstimmig in der Fassung der Ergänzungsvorlage.

I. Sachentscheidung:

1. Der Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen wird ab dem 01.04.2009 nach Maßgabe der neu gefassten Richtlinien zur Förderung des Fahrdienstes für Menschen mit Behinderungen (Anlage 1) gefördert.

2. Auf der Grundlage der Richtlinien wird für die Nutzung des Fahrdienstes ab dem 01.04.2009 von den Nutzerinnen und Nutzern ein Betrag in Höhe von **2,50 €** pro Fahrt erhoben, sofern die finanziellen Voraussetzungen für die Gewährung von Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) nicht vorliegen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen sowie den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung bis Mitte 2010 zu informieren, wie sich die neue Förderung auf die Entwicklung des Fahrdienstes ausgewirkt hat.

4. Mit dieser Entscheidung sind der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL "Eigenbeteiligung bei Fahrtendienst für Menschen mit Behinderung abschaffen" (Nr. A-R/0021-2008) sowie Ziffer 5 und 6 des Antrages der SPD-Fraktion "Münster für alle - Die Stadt generationengerecht entwickeln- Ausbauprogramm für barrierefreie Bushaltestellen" - (Nr. A-R/0034/2008) erledigt.

II. Kosten/Folgekosten

Der bisherige Ansatz für den Aufwand für den Fahrdienst (306.780) wird ab 2009 um **12.000 €** erhöht.

Der bisherige Ansatz für den Ertrag durch Eigenbeteiligung (50.000) wird ab 2009 um **18.000 €** gesenkt.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe	ab 2009	+ 12.000	
Teilergebnisplan (Zeile)	15	Transferaufwendungen			
Insgesamt:					

Erträge					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe	ab 2009	- 18.000	
Teilergebnisplan (Zeile)	5	privatrechtliche Leistungsentgelte			
Insgesamt:					

Den unter II. beschriebenen Etatveränderungen wird zugestimmt.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0083/2009**

**Aktivitäten der Fachstelle Behinderte Menschen im Beruf im Sozialamt der Stadt Münster
- Bericht über die Entwicklungen im Jahr 2008**

Frau Rüter stellt die wesentlichen Eckpunkte der Vorlage vor und beantwortet Nachfragen.

Zu der Nachfrage, ob die Zahl der verhaltensbedingten Kündigungen schwerbehinderter Menschen in etwa der Zahl der verhaltensbedingten Kündigungen bei nicht behinderten Menschen entspricht, teilt Frau Rüter mit, dass vergleichbare Daten zu Kündigungen nicht behinderter Menschen nicht vorliegen. Es wird angeregt, zu dieser Frage mit dem Arbeitsgericht Kontakt aufzunehmen.

Herr Sauer stellt heraus, dass insbesondere die öffentlichen Verwaltungen verstärkt behinderte Menschen beschäftigen sollten.

Die KIB nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung

**Barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen, u.a.
Barrierefreier Umbau Klemensstraße**

Frau Rüter informiert, dass das Programm „Verbesserung an Haltestellen 2009“ vom Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft beschlossen wurde. Die Prioritätenliste wurde mit der AG Stadtplanung und Verkehr der KIB abgestimmt. Das Tiefbauamt hat mitgeteilt, dass versucht wird, weitere 7-8 Haltestellen noch in diesem Jahr umzubauen, sofern die Fördermittel bereitgestellt werden. Es handelt sich um Haltestellen der Linie 11.

Frau Koch informiert, dass im Rahmen des barrierefreien Ausbaus der Bushaltestelle an der Klemensstraße auch die Klemensstraße neu gepflastert wird. Die Straße wird nicht barrierefrei gepflastert, sondern es sind Querungsfurten vorgesehen. Ferner ist nicht sichergestellt, dass der Weg von der Haltestelle zu den Furten barrierefrei ist. Frau Koch spricht sich dafür aus, dass die KIB sich für eine umfassende barrierefreie Gestaltung der Straße einsetzt.

Herr Greiling informiert, dass zwei Querungsfurten geplant sind (am Stadthausturm und an der Heinrich-Brüning-Straße).

Frau Rüter gibt eine Information des Tiefbauamtes weiter: Die Klemensstraße wird nicht mit neuem Pflaster gepflastert, sondern es werden die bisherigen Steine verwendet, allerdings so, dass eine insgesamt glattere Oberfläche entstehen wird. Eine Pflasterung der gesamten Straße mit dem Stein, der für die Furten verwendet wird, wäre deutlich teurer. Aus Kostengründen wurde die Entscheidung getroffen, das bisherige Pflaster zu verwenden und durch zwei Querungsfurten barrierefreie Überwege zu schaffen.

Die Mitglieder der KIB diskutieren Aspekte der barrierefreien Straßengestaltung. Es wird darauf hingewiesen, dass die Querungsfurten sich bewährt haben. Insbesondere mit Blick auf gleichberechtigte Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen und die demografische Entwicklung sollte geprüft werden, wie eine umfassendere Barriere-

freiheit erreicht werden kann. Frau Wiesenack-Hauß erinnert dabei auch an die von der KIB empfohlene, jedoch nicht eingerichtete Querungsfurt am Prinzipalmarkt vom Gehweg am Michaelisplatz zum Rathaus.

Herr Knüvener weist darauf hin, dass die Querungsfurt am Alten Steinweg, Bereich Kirchherrngasse, regelmäßig zugeparkt ist. Dieses Problem wird Frau Rüter in Kooperation mit der AG Stadtplanung und Verkehr aufgreifen.

Nach ausführlicher Diskussion beschließt die KIB einstimmig (1 Enthaltung) folgenden Antrag an das Tiefbauamt:

- 1. Die KIB spricht sich für eine vollständig barrierefreie Gestaltung der Klemensstraße aus. Sie fordert die Verwaltung auf, die Planungen entsprechend zu ändern. Sofern für die Entscheidung, die Klemensstraße lediglich mit Querungsfurten auszustatten, die Mehrkosten für eine vollständig barrierefreie Pflasterung entscheidend waren, wird die Verwaltung gebeten, zu ermitteln, mit welchen Mehrkosten diese Maßnahme verbunden wäre.**
- 2. Die KIB setzt sich dafür ein, dass zukünftig Straßen bei anstehenden Sanierungen umfassend barrierefrei gestaltet werden. Eine barrierefreie Stadtgestaltung ist eine wesentliche Voraussetzung, um Menschen mit Behinderungen eine selbstbestimmte Lebensführung und die volle Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen. Dabei sollte so weit wie möglich auf „Sonderlösungen“ für Menschen mit Behinderungen verzichtet werden. Die KIB bittet daher die Verwaltung, zu überprüfen, wie zukünftig anstelle der Querungsfurten die Straßen umfassend barrierefrei gestaltet werden können. Die KIB empfiehlt, unter Beteiligung der Arbeitsgruppe Stadtplanung und Verkehr zu testen, welches Material sich gut für eine barrierefreie Gestaltung der Straßen eignet.**

Punkt 10 der Tagesordnung

Berichte aus den Arbeitsgruppen

Es liegen folgende Protokolle vor:

Arbeitsgruppe 3: Protokoll vom 04.03.2009

Arbeitsgruppe 4: Protokoll vom 25.02.2009

Arbeitsgruppe 5: Protokoll vom 04.02.2009

Punkt 11 der Tagesordnung

Berichte aus Gremien, in denen die Kommission vertreten ist

Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Herr Knüvener informiert über die Anregung der Seniorenvertretung Münster, im Bereich der Uniklinik eine Ampel einzurichten, um die Querung der Albert-Schweitzer-Straße zu erleichtern. Zu der Anregung hat die Verwaltung mitgeteilt, dass sich die Situation in dem Bereich nach dem Umbau der Uniklinik anders gestalten wird und ausgehend davon geprüft wird, welche Maßnahmen erforderlich sind.

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung

Frau Dr. Hoppe weist insbesondere auf die Vorlage „Stiftung Bürgerwaisenhaus: Verantwortung lernen – ehrenamtliches Engagement an Schulen – Abschlussbericht“ hin. Die Hauptschule Coerde führt ein Projekt zum Thema Leben mit Menschen mit Behinderung durch.

Punkt 12 der Tagesordnung Verschiedenes

Herr Greiling informiert, dass die öffentliche Toilette am Bült zukünftig auf der anderen Straßenseite schräg gegenüber der Buchhandlung aufgestellt wird.

Ende der Sitzung: 19:17 Uhr

gez.
Marianne Koch
Vorsitz

gez.
Doris Rüter
Schriftführung